

München, 09.11.2020

SPD fordert besseren Tierschutz in der Nutztierhaltung

SPD-Fraktion legt Antragspaket vor: Transportbedingungen für Tiere verbessern - Kennzeichnungspflicht für Haltungsform und Herkunft - Tierwohlmaßnahmen fördern

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für mehr Tierschutz bei der Nutztierhaltung ein und hat ein entsprechendes [Antragspaket](#) in den Landtag eingebracht. Darin fordert sie unter anderem, die Transportbedingungen für Nutztiere zu verbessern. So soll beispielsweise die maximale Transportdauer auf acht Stunden festgelegt werden, es soll ein Verbot von Lebendtiertransporten in Nicht-EU-Staaten geben und die Transportwege sollen mittels GPS nachvollzogen werden können. Die SPD-Fraktion möchte außerdem erreichen, dass es eine verpflichtende Kennzeichnung von Haltungsform und Herkunft bei Fleisch und Fleischprodukten gibt. Außerdem wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, ein Förderprogramm von Tierwohlmaßnahmen für Rinder-, Schweine- und Geflügelhaltung zu entwickeln. Zu guter Letzt soll die Anzahl der Tierversuche reduziert werden.

SPD-Tierschutzsprecherin **Ruth Müller**: "Insbesondere beim Transport von Nutztieren gibt es viel Potenzial, um die Bedingungen für die Tiere zu verbessern. Immer wieder erreichen uns traurige Nachrichten über Transporte in Drittstaaten, unter unwürdigen Bedingungen wird aus Profitgier unendliches Tierleid in Kauf genommen. Dies ist nicht länger tragbar. Der Schwarze Peter wird sich auf Bundes- und Länderebene jedoch weiter gegenseitig zugeschoben. Bayern hat die Regeln für Tiertransporte ins Ausland zwar zuletzt verschärft, diese werden aber nur unzureichend kontrolliert und Verstöße geahndet. Zur besseren Kontrolle braucht es deshalb eine GPS-Pflicht, nur so können die Routen auch wirklich nachvollzogen werden. Ansonsten sind die neuen Regelungen ein zahnlöser Tiger."

Martina Fehlner, ebenfalls tierschutzpolitische Sprecherin, erklärt zum Thema Kennzeichnungspflicht: "Nur durch die verpflichtende Kennzeichnung von Fleisch und Fleischprodukten kann das Konsumverhalten aktiv durch die Verbraucherinnen und Verbraucher beeinflusst werden. Die SPD auf Bundesebene fordert dies schon lange. Freiwillige Kennzeichnungen - das zeigt leider die Praxis - sind erfolglos, zu wenige fleischverarbeitende Betriebe und Händler setzen diese wirklich um."